



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SB/04/2016
Gremium: Seniorenbeirat
Tag: Donnerstag, 10.11.2016
Ort: Sitzungsraum A.203, Rathaus an der Volme
Beginn: 15:00 Uhr
Hinweis: **Achtung, Sitzung findet ausnahmsweise in Raum A 203 statt**

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Tagesordnung
- 1.1. Bestellung des Schriftführers und des Stellvertreters
Vorlage: 1014/2016
2. Bericht von Herrn Wirth zum Thema "Menschen mit Behinderung im Alter - Situation in Hagen"
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.8.2016
4. Vorstellung der Arbeit und der Befugnisse der Ad-hoc-Gruppe
- 4.1. Entsendung eines Mitglieds des SB in einen Ausschuss
5. Organisation der Veranstaltung "Rente und Altersarmut" in 2017
6. Sachstand Quartiersentwicklung
7. Bericht aus dem Sozialausschuss
8. Bericht aus der Landesseniorenvertretung
9. Bericht aus den Arbeitsgruppen
10. Bericht aus den Begegnungsstätten
11. Mitteilungen
12. Verschiedenes



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

1. Genehmigung der Tagesordnung

Frau Sauerwein bittet als TOP 1.1. die Bestellung des Schriftführers und des Stellvertreters und als TOP 4.1 die Entsendung eines Mitglieds des Seniorenbeirats in einen Ausschuss aufzunehmen. Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

1.1. Bestellung des Schriftführers und des Stellvertreters

Vorlage: 1014/2016

Die Vorlage 1014/2016 wurde als Tischvorlage ausgelegt und Frau Sauerwein lässt über den Beschluss abstimmen.

Beschluss:

Der Seniorenbeirat der Stadt Hagen bestellt:

1. zur Schriftführerin: Katja Schlachtenrodt
2. zur stellvertretenden Schriftführerin: Christine Vysin

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2. Bericht von Herrn Wirth zum Thema "Menschen mit Behinderung im Alter - Situation in Hagen"

Herr Wirth berichtet, dass vor ca. zwei bis drei Jahren die Frage aufkam, was mit Menschen mit Behinderung passiert, wenn sie in das Rentenalter kommen und auch aus den Werkstätten ausscheiden. Zur Verdeutlichung hat er einige Daten für NRW und Hagen zusammengestellt und weist darauf hin, dass es sehr wenig Datenmaterial gibt. Die Zahlen für NRW sind aus einer Studie der katholischen Fachhochschule in Paderborn aus 11/2015 zum Thema der Lebenssituation älterer Menschen mit Behinderung.

In NRW leben ca. 295.000 Menschen mit einer lebenslangen Behinderung, davon sind 25 % über 60 Jahre. Eine lebenslange Behinderung bedeutet, die Behinderung wurde bis zum 35-ten Lebensjahr erworben.

In NRW sind rund 9,5 % der Einwohner schwerbehindert, d.h. haben einen Behinderungsgrad von mindestens 50. Der Anteil in Hagen liegt bei 13,1 % und damit über dem Landesdurchschnitt. In Hagen sind 9,2 % des schwerbehinderten Menschen über 60 Jahre.

In NRW sind mehr als ein Fünftel der schwerbehinderten Menschen über 55 Jahre. Körperliche Behinderungen überwiegen mit 55,1%. Psychische Behinderungen machen 11 %, geistige Behinderungen 3,3 % und sonstige Behinderungen 30,6 % aus.

Auch bei Menschen mit einer Behinderung ist eine gestiegene Lebenserwartung zu



verzeichnen.

In Hagen leben 50 % der Menschen mit geistiger Behinderung im Werkstattbereich in familiären Bereichen.

Die Pflegebedürftigkeit, unabhängig von einer Behinderung, liegt bei 70 bis 75 Jahren bei 4,8 % und steigt bei 80 bis 85 Jahren auf über 20%.

Von Menschen mit Behinderung über 45 Jahre sind 84 % eigenständig mobil, aber nur 73,4 % können sich selbständig an- und auskleiden und 55,4 % können die allgemeine Körperhygiene vollständig übernehmen.

Bei 60-jährigen und älteren Menschen mit geistiger Behinderung in NRW überwiegt das stationäre Wohnen gegenüber dem ambulant betreuten Wohnen (80,5 % zu 12 %). Von den Menschen mit einer psychischen Behinderung wohnen dagegen mehr ambulant betreut als in stationären Wohnheimen (40,2 % zu 4,9 %).

Die Prognose der Zahlen der Menschen mit einer lebenslangen Behinderung wird in den nächsten Jahren laut einer Studie des Ministeriums um das sechsfache steigen.

Herr Wirth berichtet, dass sie in den Arbeitskreisen Überlegungen angestellt haben welcher Bedarf besteht. Festgestellt wurde, dass der Bedarf derzeit noch nicht abgebildet werden kann, da die „Welle“ erst noch kommt und auch ermittelt werden muss, was möchten diese Menschen überhaupt. Die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung unterscheiden sich in vielen Sachen nicht von den Bedürfnissen von Menschen ohne Behinderung. Benötigt wird:

- bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum
- spezifische Aus- und Fortbildungen, ausgerichtet auf die medizinischen Probleme der Menschen mit lebenslangen Behinderungen
- Gesundheitsvorsorge als Bildungsauftrag z.B. leichte Sprache für Medikamente
- Konzepte für die Begleitung von Menschen mit Behinderung am Lebensende

Der angesprochene Personenkreis, welcher jetzt in das Rentenalter kommt, hat teilweise

- keine Vorbilder
- kein Selbstwertgefühl,
- keine eigene Familie
- die Werkstatt als Lebensraum, was ein Ausscheiden wesentlich schwieriger macht
- geringe soziale Beziehungen bzw. keine stabilen sozialen Beziehungen
- wenig Beziehungen zu Menschen ohne Behinderung (außerhalb der Werkstatt)
- kaum Vernetzungen
- mehr gesundheitliche Einschränkungen als Menschen ohne Behinderung
- weniger Mobilität

Herr Wirth stellt fest, dass es zu wenig Ruhestandsplanung gibt und das tagesstrukturierende Angebote und/oder Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung ausgebaut werden müssten. Fraglich ist, ob Überlegungen, Menschen mit eine Behinderung in die üblichen Seniorentagesstätten und –begegnungsstätten zu integrieren, die Lösung ist. In den Arbeitsgruppen wurden Überlegungen angestellt, welche aber an der Stelle der nicht zu klärenden Finanzierungsfrage beendet waren. Letztendlich unterscheiden sich die Bedürfnisse behinderter Menschen nicht erheblich



von Bedürfnissen nicht behinderter Menschen.

Frau Sauerwein bedankt sich bei Herrn Wirth für den Vortrag.

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.8.2016

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 30.08.2016 gibt es keine Einwände, die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

4. Vorstellung der Arbeit und der Befugnisse der Ad-hoc-Gruppe

Frau Sauerwein erläutert, dass die Ad-hoc-Gruppe aus der Notwendigkeit entstanden ist flexibler und schneller zu reagieren, da der Seniorenbeirat nur viermal im Jahr tagt. Die Ad-hoc-Gruppe tagt alle 4 Wochen vormittags am letzten Mittwoch im Monat. Im Allgemeinen nehmen 4-6 Personen an den Sitzungen teil. Aufgaben sind u.a. Sitzungsvorbereitung mit Absprache der Tagesordnung, Besprechung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen, Überlegungen und Vorbereitungen zu Veranstaltungen, Vorbereitung von Vorschlägen. In der Ad-hoc-Gruppe können keine verbindlichen Beschlüsse gefasst werden. Dies ist dem Gremium des Seniorenbeirats vorbehalten.

4.1. Entsendung eines Mitglieds des SB in einen Ausschuss

Frau Sauerwein stellt den von Herrn Homm verfassten Brief an den OB vor, in dem es darum geht, dass der Seniorenbeirat mit beratender Stimme zum Beispiel im Stadtentwicklungsausschuss vertreten sein möchte um bestimmte Sachverhalte mit beeinflussen zu können. Herr Goldbach empfiehlt, dass Schreiben an den OB noch einmal zu konkretisieren. Konkretisierung erfolgte in der anschließenden Diskussion auf die Teilnahme des Seniorenbeirates im Stadtentwicklungsausschuss. Frau Sauerwein lässt im Anschluss darüber abstimmen, ob der Antrag an den OB gestellt werden soll.

Beschluss:

Der Seniorenbeirat bittet den Rat der Stadt Hagen einer Entsendung eines Mitglieds des Seniorenbeirats in den Stadtentwicklungsausschuss zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Organisation der Veranstaltung "Rente und Altersarmut" in 2017

Herr Homm berichtet, dass das Thema nicht auf Rente und Altersarmut beschränkt wurde, sondern um es für Jung und Alt interessant zu machen auf die „Generationsgerechtigkeit“ ausgeweitet wurde. Der DGB bringt sich bei diesem Thema mit ein und wird sich auch um einen Referenten kümmern. Von dort kam auch die Idee, den Jugendrat der Stadt Hagen anzusprechen.

Herr Goldbach stellt fest, dass es zu diesem Thema relativ wenige Daten gibt. Intern wurden Daten erhoben, wie viele Grundsicherungsempfänger gibt es im Alter und in



welchen Quartieren sind diese zu finden. Er weist darauf hin, dass es in diesem Zusammenhang vielleicht interessant wäre, Frau Gleiß einzuladen, welche die bereits erhobenen Daten vorstellen könnte. Weitere Überlegungen in Richtung der ange-dachten Veranstaltung könnte die Aufbereitung weiterer lokaler Daten sein, z.B. Ab-bildung der Altersstruktur der Wohngeldempfänger. Die Möglichkeit einer solchen Abfrage muss noch geklärt werden.

6. Sachstand Quartiersentwicklung

Frau Sauerwein berichtet, dass es inzwischen 2 Projekte im Bereich Quartiersent-wicklung gibt.

Ein gemeinsames Projekt mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung in Altenha-gen. Hier entwickelt Herr Wirth zusammen mit der Fachhochschule Dortmund ein Konzept wie man ein Zusammenleben im Quartier besser gestalten kann. Erste An-sätze wurden bereits durch eine Studentengruppe mit einer Umfrage gemacht. Er-gebnisse wurden in der Konferenz Pflege und Alter vorgestellt. Eine neue Studen-tengruppe stellt derzeit Überlegungen an, wie man Bewohner besser ansprechen kann um eine Methode zu entwickeln, intensiver mit und an Menschen zu arbeiten.

Die Arbeitsgruppe „Quartiersentwicklung“ des Seniorenbeirats befasst sich mit dem Bahnhofsviertel. Gemeinsam mit dem dort erwarteten Quartiersmanager möchte die Arbeitsgruppe etwas für ältere Menschen für das dortige Quartier entwickeln. Ge-meinsam mit Frau Nell, Mitarbeiterin der Diakonie Westfalen-Lippe, wurden bereits Ideen entwickelt. Für das Frühjahr wurde angedacht einen Campingwagen auf dem Bahnhofsvorplatz als Anlaufpunkt aufzustellen. Hier können Anregungen und Ideen der Menschen aus dem Quartier gesammelt und kleinere Veranstaltungen durchge-führt werden. In der Arbeitsgruppe „Bahnhof“ sind Frau Giacobelli, Frau Lohmann, Frau Marks, Frau Werkmüller, Frau Wiewiorka und Frau Sauerwein aktiv.

7. Bericht aus dem Sozialausschuss

Der Bericht aus dem Sozialausschuss entfällt, da die letzte Sitzung ausgefallen ist.

8. Bericht aus der Landesseniorenvertretung

Frau Sauerwein informiert darüber, dass der Seniorenbeirat eine Pressemitteilung zur Stellungnahme der LSV zum „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstver-waltung“ verfasst hat, welche allerdings noch nicht veröffentlicht wurde.

9. Bericht aus den Arbeitsgruppen

Herr Homm berichtet aus dem Arbeitskreis ÖPNV. Positiv zu vermelden ist, dass die Linie 527 ab dem nächsten Fahrplanwechsel wieder halbstündlich fahren wird. Die Nahverkehrsplanung wird sich vermutlich etwas verzögern, da die Befragungen noch nicht gestartet wurden.

Bezüglich des zurückgestellten Antrages zur Überprüfung der Ampelphasen ist eine Konkretisierung durch die Arbeitsgruppe in Form einer Zusammenstellung gefährli-cher Kreuzungen erfolgt. Die Aufstellung wurde verteilt. Ergänzungen erfolgten nicht. Die Auflistung soll nun zwecks Überprüfung an den Rat gegeben werden.



Weiterhin wurde zusammen mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung eine Auflistung der dringlichsten Forderungen verfasst. Diese beinhaltet u.a. barrierefreie Bushaltestellen und Fahrpläne, Dauer von Grünphasen und Verhinderung von Zuparken an Bushaltestellen. Um diesem Thema mehr Nachdruck zu verleihen, soll auch ein Presseartikel veröffentlicht werden. Der Artikel soll zur Abstimmung in die Ad-Hoc-Gruppe gegeben werden.

10. Bericht aus den Begegnungsstätten

Zu diesem TOP erfolgten keine Wortmeldungen.

11. Mitteilungen

Herr Wegener informiert über die Sitzungsdaten des Seniorenbeirates und des Sozialausschusses in 2017.

Seniorenbeirat: 9.3., 1.6., 13.9. und 15.11.2017

Sozialausschuss: 8.2., 22.3., 10.5., 28.6., 26.9., 8.11. und 6.12.2017

Frau Sauerwein berichtet, dass sie mit beiden Bundestagsabgeordneten im Gespräch sei bzgl. einer Reise nach Berlin. Die Idee zum Thema Seniorenpolitik wurde von beiden Abgeordneten positiv aufgenommen. Aufgrund der anstehenden Wahl in 2017 ist noch nicht sicher, ob eine Fahrt ggf. erst in 2018 erfolgen kann.

Herr Klein äußert sich enttäuscht über die geringe Teilnahme der Mitglieder des Seniorenbeirates an dem vom Seniorenbeirat veranstalteten Seminar am 5.11.2016 zum Thema des neuen Pflegestärkungsgesetzes und zur Teilnahme am Tag des Ehrenamtes am 17.9.2016. Er stellt weitere Veranstaltungen des Seniorenbeirates für die Zukunft komplett in Frage.

Herr Klein fasst das Seminar zum neuen Pflegestärkungsgesetz zusammen und verweist auf Informationsstellen zum neuen Gesetz. Diese sind u.a.

- Bürgertelefon zur Pflegeversicherung: 030/340 6066 02
- Internet: www.pflegestärkungsgesetz.de
- Ratgeber zur Pflege von der Bundesregierung: zu bestellen unter: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 40 10 09, 18132 Rostock; E-Mail: publikationen@bundesregierung.de; Tel.: 030/18 272 272 1

Frau Sauerwein informiert, dass die geplante Seniorenmesse am 19.11.2016 in der Stadthalle Hagen auf das Frühjahr verschoben wurde. Sie unterstützt den Appell von Herrn Klein, dass, falls sich der Seniorenbeirat entschließen sollte auf der Messe mit einem Informationsstand vertreten zu sein, dies nur mit ausreichender Unterstützung durch die Mitglieder möglich ist. Frau Wiewiorka regt an, ggf. die Begegnungsstätten mit einzubeziehen.

Herr Jung berichtet, dass am 1.7.2016 ein Bundesgesetz verabschiedet wurde, über Deutsche, die von 1939 – 1945 Zwangsarbeit leisten mussten. Er bittet das Merkblatt (Bekanntmachung der Richtlinie über eine Anerkennungsleistung an ehemalige Zwangsarbeiter) der Niederschrift beizufügen.



12. Verschiedenes

Zu diesem TOP erfolgten keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teiles: 16:20 Uhr



C. ANWESENDE

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
-------------	--------------------

Herr Walter Arndt – Hagen Aktiv
Frau Angelika Giacobelli – Zwar
Frau Claudia Heide - Caritas
Frau Roswitha Hentschel - DieLinke.
Herr Jürgen Höfig - Der Paritätische
Herr Gerd Homm – DGB
Herr Bernhard Jung - CDU
Herr Hans-Jürgen Klein - D R K
Frau Heidi Knublauch – Diakonie
Herr Klaus-Dieter Kreuser - FDP
Herr Andreas Lechte – Bürger für Hohenlimburg/Piraten
Frau Brunhild Marks - Hagen Aktiv
Herr Georg Rehbogen – SPD
Frau Gabriele Rudolf – DRK
Frau Ruth Sauerwein - B90/GRÜNE
Frau Marianne Schulte - Caritas
Frau Rosemarie Swenshon - Diakonie
Herr Wolfgang Wegener - DGB
Frau Ursula Werkmüller - SSB
Frau Beate Wiewiorka - Diakonisches Werk

Ruth Sauerwein
Vorsitzende/r

Schlachtenrodt, Katja
Schriftführer/in